

Einzelvotum Transparenz bei den Nebeneinkünften

Dieses Thema ist nicht neu. Sie können sich hoffentlich erinnern: Wir haben am 4. September 2011 einen Vorstoss überwiesen, der die Prüfung von mehr Transparenz bei den Nebeneinkünften aus unseren Interessenbindungen verlangt hat. Das überwiesene Postulat beauftragte damals die Kommission, das Anliegen im Rahmen der Gesetzesdebatte zum neuen Parlamentsrecht zu prüfen. In der Vorlage fehlt nun in Artikel 15 die entsprechende Ergänzung. Die Kommission hat sich also dagegen ausgesprochen. Deshalb stellt die SP-JUSO-PSA-Fraktion den entsprechenden Antrag heute hier im Plenum. Ein breites Initiativkomitee von links bis rechts hat auf nationaler Ebene eine Initiative mit identischem Ziel lanciert; die Transparenz-Initiative. Kopf dieser Initiative, welche die erforderlichen Unterschriften leider nicht zusammenbrachte, war der SVP-Nationalrat Lukas Reimann. Dies zeigt, dass dieses Anliegen eben keine Frage von links und rechts ist. Das Image der Politik hat durch Geldflüsse zwischen Unternehmen und Politikern respektive Parteien, oder auch durch horrenden VR-Spesen als «Nebenjobs» gelitten. Auch oder gerade weil nicht alle Vermutungen richtig sind, ist es wichtig, dass Transparenz geschaffen wird. Es geht also darum, dass wir das Vertrauen in die Politik und damit auch in die Politikerinnen und Politiker mithilfe der Transparenz stärken können. Deshalb ist die Offenlegung der Interessenbindungen sehr wichtig. So sehen die Bürgerinnen und Bürger, welche Verbindungen zwischen Politikern und Verbänden, Organisationen und Unternehmen bestehen. Neben der ideellen Natur werden die Bindungen aber vor allem auch entscheidend, wenn Geld fließt, und so eine noch stärkere Abhängigkeit entstehen kann. Es ist deshalb nichts als logisch, dass auch dies offengelegt wird. Und verlieren können wir hier im Rat bei dieser Sache gar nichts. Aus den genannten Gründen bitte ich Sie um Unterstützung des Antrags zu Artikel 15.